

## **VEREINBARUNG**

### **über die Einräumung eines Anteils am strukturellen Defizit gemäß Art. 6 Abs. 2 und über die Übertragung von Überschüssen gemäß Art. 20 Stabilitätspakt 2012**

abgeschlossen zwischen

dem Land Tirol, vertreten durch Landeshauptmann Günther Platter und

den Gemeinden des Landes Tirol, vertreten durch den Österreichischen Gemeindebund, dieser vertreten durch Präsident Bürgermeister Dr. Ernst Schöpf einerseits und

dem Österreichischen Städtebund, Landesgruppe Tirol, dieser vertreten durch die Vorsitzende Bürgermeisterin Mag. Christine Oppitz-Plörer, andererseits:

#### **I.**

Gemäß Art. 6 Abs. 2 des Stabilitätspaktes 2012, BGBl. I Nr. 30/2013, wird den Gemeinden Tirols an dem auf das Land Tirol entfallenden Anteil am strukturellen Defizit ab 2017 20% zur Nutzung im Sinne des Mechanismus des Stabilitätspaktes 2012 eingeräumt.

#### **II.**

Gemäß Art. 20 Stabilitätspakt 2012 übertragen die Gemeinden Tirols und das Land Tirol bis zum Ende der laufenden Finanzausgleichsperiode gegenseitig ihre Übererfüllungen der Haushaltsergebnisse im Ausmaß des jeweils benötigten Betrages zur Erfüllung der jeweiligen Fiskalregeln.

#### **III.**

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend mit 01.01.2012 in Kraft.


#### **IV.**

Punkt I tritt gleichzeitig mit dem Außerkrafttreten des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 außer Kraft.  
Punkt II tritt mit dem Auslaufen der Finanzausgleichsperiode des Finanzausgleiches 2008 außer Kraft.

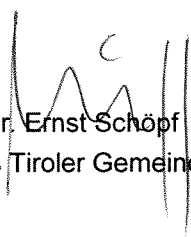
#### **V.**

Diese Vereinbarung wird in dreifacher Ausfertigung errichtet. Je eine Ausfertigung erhalten das Land Tirol, der Tiroler Gemeindeverband und der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Tirol.

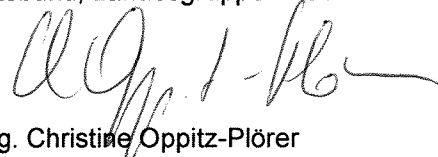
Für das Land Tirol:

  
Günther Platter  
(Landeshauptmann)

Für den Österreichischen Gemeindebund:

  
Dr. Ernst Schöpf  
(Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes)

Für den Österreichischen  
Städtebund, Landesgruppe Tirol:

  
Mag. Christine Oppitz-Plörer  
(Vorsitzende)

Innsbruck, am 10. Juli 2013